

## Haushaltsrede CDU-Fraktion zum Haushalt 2019 in der Stadtratssitzung am 20.03.2019

Verfasser: Oliver Hahn, Fraktionsvorsitzender

Der Haushalt 2019 der Stadt Overath ist im Wesentlichen geprägt von zwei wiederkehrenden Erkenntnissen: Erneut steigenden Ausgaben im Bereich insbesondere der Sozialtransferaufwendungen stehen erneut steigende Einnahmen im Bereich der Gewerbesteuer gegenüber. Dieser sich auf Rekordniveau bewegende Gewerbesteuerertrag kompensiert die steigenden Ausgaben und garantiert damit die Beibehaltung des derzeitigen Hebesatzes der Grundsteuer B von 850 Punkten.

Der Haushaltsplan 2019 sieht bei den Aufwendungen im Bereich der Jugendhilfe eine Steigerung in Höhe von 850.000,00 € im Vergleich zum Haushaltsjahr 2018 vor. Begründet ist dies in den erneut zu erwartenden steigenden Fallzahlen insbesondere im Bereich der ambulanten Hilfen. Diese Entwicklung ist leider seit Jahren konstant. Aus diesem Grunde haben wir uns bereits im vergangenen Jahr hiermit befasst und einen Antrag eingebracht welcher darauf abzielt, den Hintergrund dieser stetig steigenden Fallzahlen zu eruieren und zu analysieren, ob ggf. durch Veränderung bestimmter Rahmenbedingungen ein weiterer Anstieg dieser Fallzahlen vermieden werden kann. Wir werden auch im kommenden Haushaltsjahr über den zuständigen Fachausschuss und in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt weiter dafür sorgen, dass eine bestmögliche Analyse zu diesem Bereich der Sozialtransferaufwendungen erfolgen wird.

Im Bereich der Aufwendungen fallen sodann zwei weitere Positionen in den Fokus der Betrachtung. Zum einen steigt die Kreisumlage um 715.000,00 €. Dies deshalb, weil trotz Beibehaltung des Hebesatzes aufgrund gesteigener Steuerkraft die Zahllast aus Sicht der Stadt Overath faktisch steigt. Zum anderen ergibt sich im Bereich der Personalaufwendungen ein Mehrbedarf von circa 600.000,00 €. Hat die Stadt Overath auf die Festsetzung der Kreisumlage bekanntlich keinen direkten Einfluss, so ist die Planung und Verabschiedung des Stellenplans originäre Zuständigkeit des Rates der Stadt Overath. Um es vorweg zu nehmen: Die CDU-Fraktion wird dem eingebrachten Stellenplan zustimmen. Er beinhaltet ab dem 01.01.2019 1,50 neue Stellen in den dargelegten Bereichen

des Steueramtes und der Schuldsekretariate an den Grundschulen. Der insgesamt erhöhte Bestand von 5,70 Stellen ist auf bereits im Jahre 2018 beschlossene neue Stellen und auf Veränderungen bedingt durch entsprechende rechtliche Verpflichtungen entstanden. Die CDU-Fraktion erkennt diesen im Stellenplan 2019 dargelegten erhöhten Bestand als erforderlich an.

Nicht nachvollziehbar ist für uns in diesem Zusammenhang allerdings, dass einerseits durch den Bürgermeister eine Organisationsuntersuchung geplant ist und hierfür Kosten in Höhe von circa 100.000,00 € für das Haushaltsjahr 2019 eingeplant werden, andererseits jedoch durch den Personalrat ein weiterer Stellenmehrbedarf von 7,0 Stellen konkret dargelegt und begründet wird, ohne dass dieser dann Berücksichtigung im Stellenplan 2019 findet. Die Sinnhaftigkeit der geplanten Organisationsuntersuchung ist unseres Erachtens schon aus diesem Grunde widerlegt. Wenn die Verwaltung in der Lage ist, einen dezidierten Stellenmehrbedarf darzustellen, welcher sich auf verschiedene Verwaltungsbereiche bezieht, und deren Stellen für die pflichtgemäße Erfüllung gesetzlicher Leistungen als dringend erforderlich erachtet werden, ist es nicht ansatzweise nachvollziehbar, aus welchen Gründen dann noch eine mit einem erheblichen Kostenaufwand versehene Organisationsuntersuchung durchgeführt werden soll. Hinzu kommt, dass eine solche Organisationsuntersuchung nach nachvollziehbaren Darlegungen des Personalrats eine personelle Ressourcenbindung bedeuten würde, welche in dieser Form gerade vor dem Hintergrund des bemängelten Stellendefizits nicht umsetzbar ist. Nach den Angaben des Personalrats ist die geplante Organisationsuntersuchung daher kontraproduktiv und würde zudem keine weitergehenden Erkenntnisse bringen als diejenigen, die bereits jetzt vorhanden ist.

Auch vor diesem Hintergrund kann die CDU-Fraktion den in den Haushaltsentwurf 2019 eingebrachten Kostenaufwand von 100.000,00 € für die Organisationsuntersuchung nicht mittragen. Darüber hinaus verweisen wir auf unseren Antrag zur Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts. Dieses ist für eine nachhaltige Personalplanung zwingend erforderlich, sollte bereits vor Jahren zur Umsetzung gelangen und bedarf gerade keiner externer Untersuchungen, sondern liegt im originären Zuständigkeitsbereich der entsprechenden Dienststelle und kann von dort aus erstellt werden. Wenn ein solches Konzept gelebt wird, ist ein wichtiges Planungs- und

Steuerungsinstrument vorhanden, welches der Verwaltung und dem Rat als Grundlage der künftigen Personalentwicklungen und- strukturen dienen wird.

Zu der Thematik Personal weisen wir abschließend ausdrücklich darauf hin, dass es Sache des Bürgermeisters ist, den aus seiner Sicht gegebenen Personalbedarf im Wege der Vorlage des Stellenplans zu definieren und im Bereich der Personalaufwendungen im Haushalt abzubilden. Wenn nunmehr für das Haushaltsjahr 2019 eine Erhöhung des Stellenvolumens um 1,50 neue Stellen vorgesehen ist, nehmen wir dies als aus Sicht der Verwaltungsführung offenbar tragfähigen Stellenbedarf zur Kenntnis und stimmen diesem wie vorerwähnt zu.

Unsere Anträge befassen sich in diesem Jahr ganz bewusst und konkret mit der Infrastruktur der Freiwilligen Feuerwehr Overath. Nach einem langwierigen politischen Willensbildungsprozess werden in Kürze die neuen Einheiten für die Jugendfeuerwehr und die Rettungswache im Sülztal sowie der Feuerwache in Overath an der Hauptstraße realisiert. Diese neue Infrastruktur ist nicht nur erforderlich geworden, um den gesetzlichen Ansprüchen zu genügen. Es geht damit einher das parteiübergreifend unstreitige Ziel der langfristigen Sicherung und Aufrechterhaltung des Status der Freiwilligen Feuerwehr Overath. Das Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr Overath verhindert einen zusätzlichen erheblichen Kostenaufwand zu Lasten der Allgemeinheit. Vor diesem Hintergrund ist die Stadt Overath in der Pflicht, im Rahmen des finanziell Machbaren der Freiwilligen Feuerwehr die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Dazu gehört unseres Erachtens nunmehr auch ein schnellstmöglicher Bau der neuen Feuerwache Steinenbrück im direkten Anschluss an die Erstellung des Gebäudes der Jugendfeuerwehr. Hierzu soll die Verwaltung unter Einbeziehung der in unserem Antrag genannten Aspekte die finanzielle Machbarkeit prüfen.

Die von uns ebenfalls beantragte Werbekampagne dient der direkten Mitgliedergewinnung und ist unseres Erachtens daher in jedem Fall umzusetzen.

Ein Schwerpunkt im kommenden Haushaltsjahr wird zudem die Schaffung von Wohnraum sein. Die Wohnraumbedarfsanalyse hat für Overath eindeutig ergeben, dass neben einer Verdichtung im Innenbereich auch und insbesondere die Ausweisung neuer Baugebiete zur Erstellung von Einfamilienhäusern erforderlich ist, um den vorhandenen und steigenden Bedarf zu bedienen und

dadurch letztlich die Wohnkosten nicht wie in vielen anderen Städten unverhältnismässig ansteigen zu lassen. Wir werden daher sowohl bei der Entwicklung des F-Plans als auch bei der Umsetzung der sog. 13 b-Verfahren ein entsprechendes Augenmerk darauf richten.

Bedeutsam für die weitere notwendige infrastrukturelle Entwicklung ist sodann die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts (InHK). Dieses vom Rat zuletzt verabschiedete Projekt beinhaltet bekanntlich verschiedene Maßnahmen, die hoffentlich als förderfähig anerkannt werden und zur Umsetzung gelangen können. Insbesondere die Sanierung und Modernisierung unserer Schulen sowie der offenen Ganztagschulen steht dabei im Zentrum der Betrachtung. Die Bildungslandschaft in Overath muss zukunftsfähig gemacht werden, und hierfür erforderliche Investitionen müssen im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts darstellbar sein. Insoweit kommt dem InHK eine bedeutende Rolle zu, auch wenn es darum geht, einen langfristig gesicherten Bildungsstandort Cyriax entstehen zu lassen.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen unter der Voraussetzung, dass die Kosten für die Organisationsuntersuchung gestrichen werden. Grundlage unserer Zustimmung ist zudem die Tatsache, dass der Hebesatz der Grundsteuer B unverändert bleiben kann und sich nicht erhöht.

Mit Blick auf den Plan 2019 bleibt zu hoffen, dass die Ist-Zahlen den Planzahlen entsprechen. Vor allem bleibt zu hoffen, dass der eingeplante Gewerbesteuerertrag von circa 13,5 Millionen € sich wird realisieren lassen. Die Gewerbesteuer ist wie erwähnt mittlerweile die tragende Einnahmensäule der Stadt Overath. Sie ist zugleich immer wieder das Kompensat steigender Transferaufwendungen. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen zur Aufrechterhaltung und zur weiteren Förderung dieser Ertragsart zu schaffen.

Zum Schluss noch ein Wort zu dem zuletzt diskutierten Wirtschaftsplan der SEGO: Den in diesem Zusammenhang geäußerten Vorwurf, es würde sich hierbei um einen sogenannten „Schattenhaushalt“ handeln, weisen wir nochmals in aller Deutlichkeit zurück. Die Bilanz der SEGO ist im Rahmen der Veröffentlichung für jedermann prüfbar. Die Wirtschaftspläne und die unterjährige Kontrolle liegen in den Händen der des Aufsichtsrats, mithin bei den gewählten

Mitgliedern des Stadtrats. Diese sind jederzeit in der Lage, ihre Kontrollfunktion vollumfänglich auszuüben, da sie uneingeschränkte Einsichtnahme in alle betriebswirtschaftlichen Vorgänge der Gesellschaft haben. Die jederzeitige Planungs-, Steuerungs- und Kontrollfunktion ist mithin gewährleistet. Die abgewogene Entscheidung, den Wirtschaftsplan der SEGO nichtöffentlich zu belassen, erfolgt zum Schutz der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft und dient daher auch dem allgemeinen städtischen Interesse.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats und ausdrücklich auch bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die Zusammenarbeit im vergangenen Haushaltsjahr und hofft auf ein gutes Miteinander zum Wohle unserer Stadt Overath auch im Jahr 2019.